



Pressemitteilung der Bürgerinitiative gegen CO2 Endlager e.V.

Die 1. Lesung im Bundestag des CCS Gesetzentwurfes war eine Verhöhnung der zwei Jahre währenden Bürgerbewegung!

Letzten Donnerstag, am 12. Mai hielten, es gerade mal 30 Abgeordnete für nötig, bei der lang erwarteten Bundestagsdebatte anwesend zu sein!

Wir haben leidenschaftlich für die Bürger kämpfende Abgeordnete erwartet und wurden enttäuscht. Es gab eine blasse Zwischenfrage von Börsen bzgl. des Sinneswandels der SPD und die Behauptung, dass neuerdings CO2 als Rohstoff anzusehen sei!

Die Bundesregierung bestätigte durch die Staatssekretärin Katharina Reiche, dass die Länder nicht einfach das ganze Territorium ausschließen können, sondern gesetzeskonforme Einzelbegründungen für jede einzelne Region finden müssen. Den Beiträgen - nicht nur der CCS Befürworter - ist klar zu entnehmen, dass es mehr als fraglich ist, ob die sogenannte „Länderklausel“ den Bundesrat passieren wird.

Der Pressemitteilung Ingrid Nestle entnehmen wir, dass auch im Bundesrat die Gegenwehr groß ist. „Über 50 eingereichte Änderungsanträge bestätigen dies. Die Länder Nordrhein- Westfalen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, das Saarland und Bremen, werden dem Gesetz in seiner jetzigen Form nicht zustimmen.“

Auf die Verpressung unter der Nordsee in der sogenannten AWZ – **lediglich 22 Kilometer von der Küste entfernt!** – haben die Länder keinerlei Einflussmöglichkeit.

Verhöhnt wurden Vergleiche mit dem Endlager Asse, aber angeblich würde die Bundesrepublik ohne die CCS Technik eine Abwanderung der Industriebetriebe forcieren.

Die Lesung bestätigte einen eindeutigen Vorrang für Kommerz gegenüber der körperlichen Unversehrtheit, Reinheit des Trinkwassers, der Natur für künftige Generationen und der Eigentumsrechte!

Der angeblich unabhängige WWF musste gleich zweimal herhalten, um die klimarettende Wirkung durch CCS Technik zu begründen, Greenpeace und der BUND wurden jedoch mit ihrer eindeutig ablehnenden Haltung nicht zitiert!

Nach der ersten Freude über einen Teilerfolg für Schleswig-Holstein, ist Ernüchterung eingetreten. Alles wieder auf Start, und bitte diesmal besser!

Unser Widerstand geht weiter.